

Klima-Stiftung statt Atom-Stiftung

Wollen sich die Energiekonzerne bloß ihrer strahlenden Hinterlassenschaft entledigen oder hat das Modell das Zeug zu mehr? Eine Analyse

WAZ v. 17.05.14
Von Thomas Wels

Essen. Die Debatte um die Atom-Stiftung führt zu teils heftigen Abwehrreaktionen in der Politik. Klar, mit Atomkraft und den strahlenden Hinterlassenschaften ist kein Staat zu machen. Schon gar nicht, wenn die Stiftungs-Idee damit verbunden ist, der Allgemeinheit jetzt die Risiken und die Kosten für Entsorgung und Rückbau ans Bein zu binden, nachdem sich die Energiekonzerne über Jahre hinweg die Tascher voll gemacht haben. Zu guten Zeiten, seit Beginn der Jahrtausendwende, hat so manches Kernkraftwerk jeden Tag eine Million Euro Gewinn abgeworfen.

Konzerne von Pleite bedroht?

Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren – das ist die Mischung, aus der politische Sprengsätze sind. Völlig zu Recht. Und doch gibt es inzwischen nachdenkliche Stimmen, die unverdächtig sind, den Energiekonzernen Erleichterung verschaffen zu wollen. Eine davon kommt von Felix Matthes, Energie-Experte des Öko-Instituts.

Matthes analysiert die Lage der Energieversorger kühl: „Wir sehen hier ein systemisches Problem der Kernenergie. Ein großer Teil der Kosten fällt an, wenn die Anlagen, die die enormen Profite generiert

Vorbild RAG-Stiftung aus Essen

■ **Die RAG-Stiftung** gilt als Vorbild für die Atom-Stiftung. Sie soll das Auslaufen des subventionierten Steinkohlebergbaus sozialverträglich gestalten und ewigkeitslasten finanzieren.

■ **Damit die Steuerzahler** keine Lasten mehr haben, steht der Stiftung die Mehrheit am Evonik-Konzern zur Verfügung. Sie bekommt Dividende und kann Anteile verkaufen.

haben, nichts mehr wert sind. Es geht nun darum, auch die wirtschaftlichen Risiken für die Gesellschaft zu begrenzen.“

Ein Grundgedanke des Plans ist, dass Eon, RWE und Co. ihre Rückstellungen in die Stiftung einbringen, die sie in Höhe von 36 Milliarden Euro für den Rückbau der Anlagen und Endlagerung gebildet haben. Darauf zuzugreifen, findet auch die Chefin des Umweltausschusses im Bundestag, Bärbel Höhn (Grüne), richtig, weil sie sich Sorge, dass „früher oder später ein großer Energieversorger pleite geht und dann auch die Rückstellungen“ nicht mehr zur Verfügung stünden. Aus der Haftung für darüber hinausgehende Kosten will Höhn die Konzerne freilich nicht entlassen. Das ist quasi die halbe Idee – und die Konzerne hätten mit Zitronen gehandelt.

Die wollen einen Risiko-Deckel. Auch, weil die Frage der Endlagerung politisch unwägbar ist und

mithin kaum zu kalkulierende Kostenrisiken beinhaltet. Unklar ist, ob die Rücklagen ausreichen für Rückbau und Endlagerung. Felix Matthes vom Öko-Institut ist weniger skeptisch: Unter Verweis auf hauseigene Analysen zu Abrissarbeiten sagte er in der Berliner Zeitung: „Aus unserer Sicht spricht nichts dafür, dass die Rückstellungen zu knapp bemessen sind.“ Die Frage ist allerdings komplex. Die Summe liegt nicht auf einem Konto herum, sondern ist gebunden in langfristigen Vermögenswerten, etwa in Kraftwerken. Und die hohe Verschuldung der Energiekonzerne erlaubt es nicht, einfach Kredite aufzunehmen und die 36 Milliarden zu überweisen. Es ist nun einmal so, ob selbst verschuldet oder nicht – die Energiewende hat RWE oder Eon das klassische Geschäftsmodell entzogen. Die Gewinne aus dem Betrieb von Kraftwerken brechen weg.

Da niemand ein Interesse an

einer Pleite von derart großen Energieversorgern haben kann, könnte man auf die Idee kommen, den Vorschlag der Atom-Stiftung zusammenzudenken mit dem des Chefs der IG BCE: Michael Vassiliadis hatte vorgeschlagen, die Steinkohlekraftwerke in eine „nationale Steinkohleverstromungsgesellschaft“ einzubringen. Eine Stiftung, die sämtliche fossilen Kraftwerke als Vermögenswerte aufnimmt, dazu auch die Atomkraftwerke – so könnte der Staat das Auslaufen der fossilen Energieerzeugung organisieren, inklusive der allseits unbeliebten Braunkohle. Ein Ziel, das sich die Politik im Übrigen selbst gesetzt hat. Wie sonst will man es erreichen, dass der Ausstoß der Klimagase bis 2050 um 80 bis 95 Prozent sinkt?

Ende der fossilen Energieerzeugung

Ein solches Gebilde würde einen Kapitalstock haben, der zumindest in Gestalt der Braunkohlekraftwerke und einiger Atomkraftwerke noch Geld abwirft. Und neben den Rückstellungen sind freilich auch noch die Summen einzuvernehmen, die der Staat einspart, wenn die Konzerne auf laufende und wahrscheinlich erfolgreiche Klagen gegen Brennelementsteuer und Atomausstieg verzichten. 15 Milliarden sind im Spiel. Und: Der Bund könnte sich der unliebsamen Debatte über Kraftwerkssubventionen entledigen, die für die Versorgungssicherheit fällig werden. So wenig ist das nicht.

Relikte aus Kernkraftwerken: Fässer mit Atommüll im Salzstock Morsleben.

FOTO: SCHLÜTER/DPA

